

Westzonen zu verschleiern. Welchen anderen Zweck sollen denn die Bonner Beratungen haben, wenn nicht den, von der grundlegenden Frage des Raubes des Saargebietes und der Ruhrindustrie, der Kolonisierung ganz West- und Süddeutschlands abzulenken? Es kommt ja nicht darauf an, was in dem einen oder anderen Artikel der Bonner Verfassung steht. Unter den Bedingungen des Besatzungsstatuts kann dies ja keine andere als eine Kolonial-, eine Sklavenverfassung sein.

Die schmachlichste Rolle aber spielen die rechten Führer der Sozialdemokratie. Nicht nur, daß Schumacher derjenige war, der im Auftrage der Wallstreetbankiers das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Repräsentation als Vorläufer einer deutschen Regierung hartnäckig sabotiert hat. Es muß auch immer wieder daran erinnert werden, daß Schumacher es war, der nach seiner Rückkehr aus Washington als erster die Forderung nach einem Besatzungsstatut erhoben hat. Er hat damit seinem Volke gegenüber eine Judasrolle übernommen, die ihresgleichen in der deutschen Geschichte sucht!

Niemals wird sich das deutsche Volk mit der Kolonisierung eines Teiles seines Landes abfinden! Die Zeiten der kolonialen Unterdrückung sind vorüber. Alle Versuche in dieser Richtung, die jetzt von den angio-amerikanischen Imperialisten auf Grund ihrer Machtpositionen scheinbar mit Erfolg durchgeführt werden, können nicht von Dauer sein! Sie werden nur die freiheitlichen nationalen Energien des deutschen Volkes wecken. Alles, was gut, edel, aufrecht und wahrhaft national im deutschen Volke ist, wird sich zu einer mächtigen Freiheitsbewegung gegen die Unterdrücker erheben. Sie wird zuerst die Quislinge hinwegfegen und schließlich auch das Joch der Kolonialklaverei abschütteln. Denn es kann keine andere Zukunft des deutschen Volkes geben als ein Deutschland in Einheit und Frieden. An die Spitze dieser nationalen Befreiungsbewegung wollen wir uns stellen und damit unsere erste Pflicht unserem Volke gegenüber erfüllen.

Unsere Politik gegenüber den westlichen Kolonisierungsplänen ist eindeutig und klar. Wir kämpfen für Einheit und gerechten Frieden, für die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität unseres Volkes. Wir wollen das deutsche Volk von dem Doppeljoch des deutschen Imperialismus und des Besatzungsregimes befreien und ihm die Möglichkeit zu einer friedlichen, demokratischen Entwicklung eröffnen. Wir haben alles getan, was diesen Kampf erleichtern kann. Wir haben die Initiative zur Einberufung der Volkskonferenz ergriffen und sind führend an der Arbeit des Deutschen Volksrates beteiligt. Es ist nicht unsere Schuld, sondern das Ergebnis ihrer Politik des nationalen Verrats; wenn die westlichen Parteien sich diesem Kampf um die nationale Existenz unseres Volkes entgegenstellen. Wir haben uns maßgebend an den Arbeiten zur Ausarbeitung des Projekts einer gesamtdeutschen Verfassung beteiligt, das im Gegensatz zum Bonner Kolonialregiment die Grundlage für eine demokratische Verfassung des einen und freien Deutschland bietet. Wir werden unseren Kampf um die Einheit und den gerechten Frieden verzehnfachen und werden nicht müde werden, bis wir unserem Volke die Einheit, die Freiheit und den Frieden erkämpft haben.

Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen. Denn die Pläne des amerikanischen Imperialismus bedrohen den Frieden nicht nur des deutschen Volkes, sondern ganz Europas, der ganzen Welt. Sie beschwören die Gefahr eines neuen Weltkrieges herauf. Genosse Stalin hat diese Politik treffend gekennzeichnet, als er erklärte:

*„Die Politik der heutigen Führer der USA und Englands ist eine Politik der Aggression, eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges.“*

Darum stößt diese Politik auf Widerstand nicht nur beim deutschen Volk, sondern bei allen friedliebenden Völkern der Welt. Auf diese Völker können wir uns in unserem Kampfe um die nationale Freiheit des deutschen Volkes stützen. Vor allem stützen wir uns in diesem Kampfe auf die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder, die eindeutig ihren Willen dokumentiert haben, dem deutschen Volke in diesem Kampfe beizustehen. Die Vertreter dieser Länder traten im Juni 1948 in Warschau zu einer Konferenz zusammen, an der die Außenminister der Sowjetunion, Albanien, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumaniens und Ungarns teilnahmen. Die von dieser Konferenz vorgeschlagenen Maßnahmen müssen von jedem ehrlichen Deutschen als die beste Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Schaffung eines dauerhaften Friedens anerkannt werden. Sie zeigen den konkreten Weg auf, der zum Frieden für Deutschland führt, einen Weg, der in gleicher Weise dem Sehnen des deutschen Volkes nach Einheit und gerechtem Frieden wie der berechtigten Besorgnis der Völker Europas gegenüber einem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus entspricht.

Es entspricht auch dem Willen der demokratischen Kräfte Deutschlands, durch die Übernahme von Reparationsverpflichtungen einen Teil des gewaltigen Schadens wiedergutzumachen, der den Völkern Europas durch die Hitlerwehrmacht zugefügt wurde. Aber es besteht ein Unterschied zwischen den Reparationsleistungen an die Völker, die unter dem Hitlerkrieg besonders gelitten haben und mit Hilfe der Reparationen die Kriegsschäden ausbessern und ihre Friedenswirtschaft fördern, und den Reparationen, die von den imperialistischen Aggressoren zur Wiederaufrüstung und Vorbereitung eines neuen Krieges verwandt werden. Das deutsche Volk hat ein besonderes Interesse daran, durch seine Wiedergutmachungsleistungen die friedliebenden Völker zu unterstützen, es ist besonders daran interessiert, mit aller Kraft zur Stärkung der Sowjetunion beizutragen, denn es weiß, daß es damit die Kraft des Friedens stärkt. Aber das deutsche Volk hat keinerlei Interesse daran, durch seine Reparationsleistungen die neuen Aggressoren zu unterstützen. Und es erhebt mit lauter Stimme Protest gegen den Raub seiner Friedensindustrie durch ausländische Konkurrenten, während gleichzeitig die Kriegsindustrie im Interesse der amerikanischen Expansion erhalten bleibt und gefördert wird.

Das Warschauer Dokument entspricht in allen seinen Teilen den Interessen des deutschen Volkes selbst. Es gibt eine Grundlage, auf der das deutsche Volk seine nationalen Interessen wahrnehmen und gleichzeitig seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Die Anbeter des Besatzungsstatuts und der westlichen Demokratie mögen uns doch ein Dokument der Westmächte aufzeigen, das in ähnlicher Weise den Weg zu einem dauerhaften Frieden zeigt. Sie mögen uns doch einen der fünf Punkte der Warschauer Beschlüsse zeigen, der den Interessen des deutschen Volkes widerspricht! Sie können es nicht, denn dieses großzügige Warschauer Dokument, diese Friedenscharta des anti-imperialistischen Lagers ist der einzige Weg, der dem deutschen Volke Frieden und allen Völkern Europas Sicherheit bringt. Darum können wir unseren Kampf um Einheit und gerechten Frieden auf der Grundlage der Warschauer Beschlüsse führen, hinter denen alle friedliebenden Kräfte der Welt stehen.

Hieran zeigt sich, daß unser Kampf um die grundlegenden nationalen Interessen des deutschen Volkes in keiner Weise dem Geiste des Internationalismus widerspricht, der unsere Partei beseelt. Im Gegenteil, unser nationaler Kampf ist durch und durch international, denn die demokratische Einheit Deutschlands, um die wir kämpfen, liegt im Interesse aller Völker Europas. Nur ein einheitliches, demokratisches Deutschland kann ein Baustein im Gebäude des europäischen Friedens sein. Darum gehört auch zu den